Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5213**

16. Wahlperiode 04. 05. 2007

Fragen

für die Fragestunde der 96. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 9. Mai 2007

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

1. Abgeordnete **Cornelia Hirsch** (DIE LINKE.)

Welche Gründe führen aus Sicht der Bundesregierung zu dem hohen Anteil (60 Prozent) von Studierenden in den ersten vier Semestern unter den Studienkreditnehmerinnen und -nehmern der KfW-Bankengruppe, und welche Konsequenzen für ihre Politik zieht sie daraus, damit das Studium nicht für immer mehr Studierende zur Schuldenfalle wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

2. Abgeordnete **Ute Koczy** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hält die Bundesregierung angesichts der Vielzahl von Rücktrittsforderungen an den Weltbankpräsidenten Paul Wolfowitz – für die stellvertretend der offene Brief hochrangiger ehemaliger Weltbankmitarbeiter vom 22. April 2007, die Aufforderung ehemaliger lateinamerikanischer Weltbankgouverneure (veröffentlicht am 2. Mai 2007 in der FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND) sowie der Vertretung der Weltbankmitarbeiter, die Rücktrittsforderung von Nichtregierungsorganisationen (European Network on Debt and Development, 17. April 2007), sowie die Aufforderung zum Rücktritt durch das Europäische Parlament stehen – dessen Verbleib an der Spitze der Weltbank für vertretbar, und wird sie im Lichte der Untersuchungsergebnisse über seine Missachtung von Verhaltensrichtlinien bei der umstrittenen Beförderung seiner Freundin den deutschen Vertreter im Exekutivdirektorium der Weltbank anweisen, formal den Weltbankpräsidenten zum Rücktritt aufzufordern?

3. Abgeordnete **Ute Koczy** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Initiativen wird die Bundesregierung anregen, um angemessene Auswahlkriterien und -prozesse einzuführen, die sich auf die Besetzung hochrangiger Positionen in der Weltbank – einschließlich der des Weltbankpräsidenten – beziehen und die sicherstellen, dass nach Qualifikation besetzt wird und grundsätzlich Bewerbungen aus allen Mitgliedstaaten der Weltbank erfolgen können?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramts

4. Abgeordneter **Hans-Joachim Otto (Frankfurt)** (FDP)

Welches sind die wesentlichen Erkenntnisse der vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, in Auftrag gegebenen unabhängigen Untersuchung der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik durch Prof. Dr. Hans H. Klein und den Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin, deren Ergebnisse laut Antwort der Bundesregierung vom 19. Februar 2007 (Bundestagsdrucksache 16/4347) „etwa Ende März 2007“ vorliegen sollten, und welche Maßnahmen wird der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien auf der Grundlage dieser Erkenntnisse ergreifen?

5. Abgeordneter **Hans-Joachim Otto (Frankfurt)** (FDP)

Wann wird die Öffentlichkeit bzw. der Deutsche Bundestag über die Ergebnisse dieser Untersuchung informiert, und warum ist dies bisher noch nicht geschehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

6. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Waren oder sind Bundesminister Mitglied des Vereins „Studienzentrum Weikersheim“, und in welchen Vereinen sind die Bundeskanzlerin und die Bundesminister Mitglied?

7. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann beginnend haben Bundesbehörden jeweils heimlich fremde Datenverarbeitungsanlagen inhaltlich überprüft (sogenannte Online-Durchsuchung), und waren davon Berufsgeheimnisträger gemäß § 53 der Strafprozessordnung (StPO) betroffen, insbesondere Journalisten?

8. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf welche Weise genau sind die betreffenden Bundesbehörden jeweils in fremde Datenverarbeitungsanlagen eingedrungen, und wie räumt die Bundesregierung die Befürchtung von Herstellern oder Vertreibern von IT-Produkten glaubwürdig aus, Bun-

desbehörden könnten deren Produkte heimlich, etwa mit „trojanischen Pferden“, versehen zwecks Weiterverbreitung oder die potentielle Kundschaft müsse derlei jedenfalls nun befürchten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

9. Abgeordneter **Jürgen Koppelin** (FDP)

Wie hoch sind die zusätzlichen Ausgabenforderungen der einzelnen Bundesministerien für den Haushaltsentwurf 2008?

10. Abgeordneter **Jürgen Koppelin** (FDP)

Beabsichtigt die Bundesregierung die konjunkturbedingten Steuermehreinnahmen vollständig zum Abbau der Verschuldung zu verwenden?

11. Abgeordneter **Uwe Barth** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass infolge der Einführung der Besteuerung von Biodiesel in Reinkraftstoff dessen Absatz so stark abgenommen hat, weshalb sich die wirtschaftliche Situation der Landwirte und Biodieselproduzenten derart dramatisch verschlechtert hat, dass bereits in Kürze mit ersten Insolvenzen zu rechnen ist, und was plant die Bundesregierung hiergegen zu unternehmen?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

12. Abgeordneter **Alexander Bonde** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welches besondere außen- und sicherheitspolitische Interesse gemäß den politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen liegt für einen Export deutscher U-Boote und dessen Absicherung durch Bürgschaften aus Sicht der Bundesregierung vor?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 25.

13. Abgeordneter **Alexander Bonde** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung unter Berücksichtigung der fortgeschrittenen Bestrebungen Pakistans, den nuklearfähigen Marschflugkörper „Babur“ auch in U-Boote zu integrieren, die Auswirkungen auf die regionale Sicherheitslage?

14. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Wie viele Beschäftigte in Bundesbehörden befassen sich mit der Förderung des Tourismus in Ostdeutschland, und welche Arbeitsstrukturen für den Tourismus in Ostdeutschland gibt es in der Bundesregierung?

15. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Wie ist die Förderung des Tourismus in Ostdeutschland in die Gesamtpolitik der Bundesregierung für die ostdeutschen Länder eingebunden, und welche drei wichtigsten tourismuspolitischen Ziele verfolgt die Bundesregierung 2007 für Ostdeutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

16. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Wie hoch sind die notwendigen Mittel für bedarfsnotwendige Neubauten für Kindertageseinrichtungen, und wie hoch ist der Sanierungsbedarf von Kindertageseinrichtungen in den ostdeutschen Bundesländern?

17. Abgeordnete **Sibylle Laurischk** (FDP)

Welche politischen Folgen ergeben sich aufgrund der demographischen Entwicklung bis zum Jahr 2013 bei den einzelnen Kostenarten (Investitionen, Personalkosten) im Rahmen von Bildung, Erziehung und Betreuung für die jeweiligen Bundesländer und ihre Kommunen?

18. Abgeordnete **Sibylle Laurischk** (FDP)

Wie hoch sind die Kosten für einen Kinderbetreuungsplatz im Rahmen der Kindertagespflege und der Kindertagesstätten in den einzelnen Bundesländern, und wie wird sich die demographische Entwicklung auf diese Kosten (2008 bis 2013) auswirken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

19. Abgeordnete **Daniela Raab** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung die bereits für das Jahr 2006 angekündigten Verkehrsprognosen aus Deutschland, Österreich und von der Europäischen Kommission über die Auswirkungen des Baus des Brennerbasistunnels vor, und wenn ja, wie sehen diese aus?

20. Abgeordnete **Daniela Raab** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung mit konkreten Planungen zum Nordzulauf des Brenners auf bayerischer Seite umgehend beginnen, wenn die Finanzierung des Brennerbasistunnels auf österreichisch/italienischer Seite geklärt und damit der Baubeginn absehbar ist?

21. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum hält die Bundesregierung an der Neu- und Ausbaustrecke Nürnberg–Erfurt fest, obwohl andernorts, beispielsweise bei den Hafenhinterlandverkehren, größere Kapazitätsengpässe und größerer Handlungsbedarf bestehen, und welches Wachstum müssen die Hafenhinterlandverkehre erreichen, damit die Bundesregierung ihre Prioritätensetzung im Bereich des Schieneninfrastrukturausbaus überprüft?

22. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann untersucht die Bundesregierung – wie vom Bundesrechnungshof gefordert – systematisch, welche Investitionen für eine Inbetriebnahme der Neu- und Ausbaustrecke Nürnberg–Erfurt noch erforderlich sind, wie diese finanziert werden und wann mit einer Fertigstellung gerechnet wird, und wann stellt die Bundesregierung die Untersuchungsergebnisse den politischen Entscheidungsträgern vor?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

23. Abgeordneter **Dr. Edmund Peter Geisen** (FDP)

Welchen Anteil am Ausstoß der Treibhausgase N_2O (Lachgas) und CH_4 (Methan) rechnet die Bundesregierung in Deutschland der Landwirtschaft zu?

24. Abgeordneter
Dr. Edmund Peter Geisen
(FDP)

Welche Maßnahmen, bezogen auf die Landwirtschaft, plant die Bundesregierung bzw. hat sie schon ergriffen, um – wie im Acht-Punkte-Plan zur Senkung der Treibhausgas-Emissionen vom 26. April 2007 erwähnt – Minderungen um 40 Mio. Jahrestonnen bei den o. g. Treibhausgasen zu erreichen?

25. Abgeordneter
Uwe Barth
(FDP)

Um wie viel wird sich der CO_2-Ausstoß dadurch erhöhen, dass durch die Besteuerung des Biodiesels in Reinform die Kunden wieder verstärkt fossilen Diesel nachfragen werden, und wie plant die Bundesregierung die zu erwartende CO_2-Mehrbelastung zu kompensieren?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

26. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Aufforderung des Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, der anlässlich der Vorstellung des monatlichen Arbeitsmarktberichts am 2. Mai 2007 von der Politik Lösungen für Langzeitarbeitslose verlangt und sich vom Bundesminister für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering, Aussagen dazu erhofft hat, was zur Besserung der Situation dieser Gruppe geschehen muss?

27. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass in der monatlichen Arbeitsmarkt- und Ausbildungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit der Rückgang des Angebots an Ausbildungsplätzen Monat für Monat – so auch bei den Zahlen für April 2007 – mit einem Rückgang bei den betrieblichen Stellen begründet wird?

28. Abgeordneter
Werner Dreibus
(DIE LINKE.)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung – mit Blick auf die in der Vergangenheit wiederholt von Regierungsvertretern geäußerte Notwendigkeit existenzsichernder Löhne – aus der Weigerung der Arbeitgeber der Fleischindustrie sowohl einen Mindestlohn als auch flächendeckende Tarifverträge, die

*) Siehe hierzu auch Frage 11.

eine Ausweitung des Entsendegesetzes auf die Branche mit dann verbindlichen Löhnen ermöglichen würden, zu vereinbaren?

29. Abgeordneter
Werner Dreibus
(DIE LINKE.)

Stimmt die Bundesregierung der Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs Gerd Andres vom 3. Mai 2007 zu, dass eine Weigerung von Arbeitgeberverbänden, an der Vereinbarung von allgemein verbindlichen Branchenmindestlöhnen mitzuwirken, die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne nach sich ziehen muss?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333